

Hintergrundtext

Streitfrage Flüchtlinge

Während und infolge des ersten arabisch-israelischen Krieges 1948/49 flüchteten ca. 750.000 Palästinenser/-innen aus ihren Dörfern und Städten. Die meisten von ihnen flohen aus Angst vor den Kriegshandlungen. Einige folgten auch den Aufforderungen arabischer Funktionäre, die versprachen, dass die Menschen schon nach wenigen Tagen zurückkehren könnten, da Israel schnell besiegt sein würde. Ein anderer, wenn auch geringerer Anteil, wurde direkt von israelischen Truppen vertrieben. Die Mehrzahl der Flüchtlinge ging in den Gazastreifen, das Westjordanland oder die arabischen Nachbarstaaten. Etwa 150.000 Palästinenser/-innen verblieben im Gebiet des heutigen Israels.

Im Sechs-Tage-Krieg 1967 besiegte Israel die arabischen Armeen und besetzte das Westjordanland, den Gazastreifen und die Golan-Höhen. Aufgrund des Krieges kam es zu einer erneuten Flüchtlingswelle – zwischen 250.000 und 300.000 Palästinenser/-innen flohen. Rund 40.000 Flüchtlingen erlaubte Israel nach Ende des Krieges die Rückkehr. Eine bedingungslose Rückkehr der Flüchtlinge lehnte Israel jedoch ab und forderte, die Lösung des Flüchtlingsproblems an einen Friedensvertrag mit den arabischen Staaten zu koppeln. Da wiederum die arabischen Staaten Verhandlungen mit Israel ablehnten, steht eine Lösung des Problems bis heute aus.

Zur Betreuung und Versorgung der palästinensischen Flüchtlinge richteten die Vereinten Nationen im November 1948 ein eigenständiges Flüchtlingshilfswerk ein, die UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East). Ende 2010 waren rund fünf Millionen Palästinenser/-innen bei der UNRWA als Flüchtlinge registriert.

Flüchtlinge sind laut UNRWA-Definition alle, die zwischen dem 1. Juni 1946 und dem 15. Juni 1948 im britischen Mandatsgebiet Palästina gelebt haben, ihr Haus bzw. ihre Lebensgrundlage infolge des Krieges von 1948 verloren haben und in die von der UNRWA betreuten Gebiete geflohen sind.

Ebenfalls als Flüchtlinge gelten diejenigen Palästinenser/-innen, die im Sechs-Tage-Krieg von 1967 Wohnsitz und Lebensgrundlage verloren haben. Hinzukommen die Nachkommen der männlichen Flüchtlinge von 1948 und 1967. Einzige Bedingung: Sie müssen innerhalb der fünf Operationszonen der UNRWA leben. Das sind:

- Jordanien
- Libanon
- Gaza-Streifen
- Syrien
- Westjordanland (einschließlich Ost-Jerusalem)

Von den bei der UNRWA registrierten Flüchtlingen leben heute 40 Prozent in Jordanien (mehr als 1,9 Millionen), 25 Prozent im Gazastreifen (etwa eine Million), 15 Prozent im Westjordanland (mehr als 700.000) und je etwa zehn Prozent (400.000) im Libanon und in Syrien.

Israelische Perspektive

Die Mehrheit der israelischen politischen Parteien bevorzugt eine Lösung, die die dauerhafte Ansiedlung der Flüchtlinge in den bisherigen arabischen Aufnahmestaaten (Libanon, Syrien, Jordanien) bzw. in Drittstaaten vorsieht. Ein Rückkehrrecht soll, wenn überhaupt, hauptsächlich für einen zukünftigen palästinensischen Staat gewährt werden und nur in beschränktem Ausmaß. Ein uneingeschränktes Rückkehrrecht nach Israel lehnt die Mehrzahl der israelischen Bürger/-innen ab, da dies den Status Israels als jüdischen Staat gefährde. Israelische Regierungen fordern seit langem internationale Unterstützung für die palästinensischen Flüchtlinge, um die Lebensbedingungen in den Aufnahmestaaten zu verbessern.

Palästinensische Perspektive

Die Mehrheit der Palästinenser/-innen (in den palästinensischen Gebieten und den Flüchtlingslagern) fordert ein absolutes Rückkehrrecht. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass den meisten durchaus bewusst ist, dass zwischen dem allgemeinen

Recht auf Rückkehr und der praktischen Durchführung dieses Rechts zu unterscheiden ist. Zwar haben palästinensische Politiker/-innen bisher nicht offiziell auf ein absolutes Rückkehrrecht der Flüchtlinge verzichtet. Dennoch scheint ein uneingeschränktes Rückkehrrecht von Flüchtlingen ins heutige Israel oder in die palästinensischen Gebiete insofern unrealistisch, als dass die Aufnahme so vieler Menschen beide Gesellschaften überfordern würde. Darüber hinaus stellt sich auch die Frage, ob nicht viele der Flüchtlinge bzw. ihrer Nachkommen heute möglicherweise auf eine Rückkehr ohnehin verzichten würden und sich stattdessen eher für eine finanzielle Entschädigung oder Unterstützung bei der Neuansiedlung entscheiden würden.

Quellen: Asseburg, Muriel: „Israelisch-palästinensische Streitfragen“, in Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): *Israel – Informationen zur politischen Bildung, Heft 278*, Bonn 2008. Online abrufbar unter: <http://www.bpb.de/izpb/9609/israelisch-palaestinensische-streitfragen>